

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN CDU FDP MBI

Fraktionsgeschäftsstellen

Bahnstraße 50
Bahnstraße 31
Friedrichstraße 7
Kohlenkamp 1
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: 0208 / 45 95 40
Telefax: 0208 / 45 95 419
E-Mail:
cdu-fraktion-muelheim@t-online.de

- Fraktionen im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**
 Fraktion in der Bezirksvertretung 1 oder 3

Antrag

Nr.: A 12/0304-01

gemäß § 9 der Geschäftsordnung

öffentlich

Datum: 11.04.2012

Postversand: 12.04.2012

Empfänger:

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld
 Herrn Vorsitzenden Dr. Henner Tilgner des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Mobilität
 Herrn Vorsitzenden Hubertus Niehoff des Ausschusses für Umwelt und Energie
 Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/in Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3
 nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

Beratungsfolge:

<u>Status:</u> *	<u>Datum:</u>	<u>Gremium:</u>	<u>Berichterstattung:</u>
Ö	19.04.2012	Wirtschaftsausschuss	Tim Giesbert, Wolfgang Michels, Peter Beitz, Lothar Reinhard
Ö	23.04.2012	Umweltausschuss	Dr. Wolf Jürgen Richter, Bernd Dickmann, Andre Pütz, Heidelore Godbersen
Ö	26.04.2012	Hauptausschuss	Tim Giesbert, Wolfgang Michels, Peter Beitz, Lothar Reinhard
Ö	03.05.2012	Rat der Stadt	Tim Giesbert, Wolfgang Michels, Peter Beitz, Lothar Reinhard

* **Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung**

Gemeinsame Bewerbung der Metropole Ruhr um die EU-Auszeichnung "Grüne Hauptstadt Europas" (European Green Capital)

**Hier: Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU,
FDP und MBI zur Beschlussvorlage V 12/0226-01 vom 26.03.2012**

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und MBI beantragen, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

1. Der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr nimmt das Memorandum und den Sachstandsbericht zur vorgeschlagenen Bewerbung von Ruhrgebietsstädten als „Grüne Hauptstadt Europas 2015“ zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr lehnt eine Beteiligung der Nothaushaltskommune Mülheims an der Bewerbung von Ruhrgebietsstädten um die EU-Auszeichnung „Grüne Hauptstadt Europas 2015“ gemäß § 82 GO NRW ab.
3. Die Verwaltung ist aufgefordert, vom Rat der Stadt nicht beschlossene Sonderumlagen zur Finanzierung jeglicher Planung und Realisierung dieser Bewerbung um die EU-Auszeichnung „Grüne Hauptstadt Europas 2015“ nicht zuzustimmen und nicht zu zahlen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt darzulegen, ob sie im Zusammenhang mit dem Projekt „Grüne Hauptstadt Europas“ Geld-, Personal- und Sachleistungen und wenn ja in welcher Höhe bisher erbracht hat. Falls Zahlungen an den RVR erfolgt sind, soll die Verwaltung aufzeigen, wie dies mit den Ratsbeschlüssen vom Dezember 2010 und 2011 (u.a. zum Punkt der Haushaltsbegleitanträge der Fraktionen von SPD und CDU „Keine Erhöhung der Umlagezahlungen auch für den RVR) vereinbar ist.
5. Der Rat der Stadt bekräftigt stattdessen, sich auf den von der Landesregierung NRW, dem Regionalverband Ruhr (RVR) und dem Initiativkreis Ruhr mitgetragenen Vorschlag für eine Bewerbung für das Projekt „KlimaExpo 2020“ und dessen Realisierung zu konzentrieren.

Begründung:

Vor einem halben Jahr ist im Rat der Stadt (06.10.2011) letztmalig über die neueren Überlegungen für eine Bewerbung zusammen mit anderen Ruhrgebietsstädten für die „Grüne Hauptstadt Europas 2015“ in Verbindung mit dem Projekt „KlimaExpo 2020“ - im Rahmen einer Berichtsvorlage (V 11/0655-01) berichtet worden. Dabei ist angekündigt worden, dass in den Räten und Kreistagen noch zu konkretisierende Beschlüsse gefasst werden müssen, sobald die Modalitäten der Bewerbung bekannt sind. Zwischenzeitlich haben zahlreiche Werkstattgespräche unter Beteiligung der Umweltämter und Umweltdezernenten stattgefunden, die u.a. die Themen und Leitprojekte aufarbeiten sollten. Es liegt seit Ende Februar d.J. auch ein im RVR diskutiertes „Memorandum zu Bewerbung der Metropole Ruhr als „Grüne Hauptstadt Europas 2015““ der Umweltdezernenten der Städte Bochum, Dortmund und Essen vor, das eine Diskussions- und Entscheidungsgrundlage auch für die beteiligten Ruhrgebietsstädte sein soll. Darüber und auch über eine geplante Sonderumlage der RVR-Mitgliedsgemeinden für die Bewerbungs-Aktivitäten hat jüngst Umweltdezernent Ulrich Carow beim Regionalverband Ruhr (RVR) die zuständigen RVR-Gremien unterrichtet. Leider ist seit Oktober 2011 eine kontinuierliche Information des Rates über den Fortgang der Planun-

gen für diese Bewerbung unterblieben, stattdessen ist einiges mehr aus den regionalen Medien zu entnehmen, so auch, dass die genannten drei Umweltdezernenten ohne Mandat Gespräche mit der EU-Kommission in Brüssel führten (WAZ 24.01.2012, NRZ 25.02.2012).

Mit Verspätung ist jetzt in die Ratsgremien eine der zugesagten Beschlussvorlagen zugegangen, die aufgrund der voraussichtlich im Juni 2012 veröffentlichten Ausschreibungskriterien der Europäischen Union eine eher nicht konkrete Absichtserklärung der potenziellen Bewerber enthält, das trotz eines bisher schon großen Planungsaufwandes und nicht unerheblichen Verbrauchs finanzieller und personeller Ressourcen in der Stadtverwaltung. Zu letzterem ein Hinweis: die „Grüne Hauptstadt Europas 2011“ Hamburg hat hierfür allein 2011 insgesamt 8,65 Mio. € (!) Haushaltsmittel bereit gestellt (F.A.Z. 15.10.2011).

Die Antragsteller halten es aufgrund der Nothaushaltssituation auch der Stadt Mülheim an der Ruhr vielmehr für angebrachter, mit einem längeren Vorlauf sich mittelfristig auf ein realistischer zu verwirklichendes Ziel, nämlich die KlimaExpo 2020, zu konzentrieren, um z.B. mit einem möglichen Standortvorschlag Flughafen Essen/Mülheim (siehe Ratsbeschluss vom 16.12.2010 zum Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU A 10/0912) erfolgreich sein zu können. Wir sind entgegen mancher geäußelter Mutmaßungen der Verwaltung (z.B. im September 2011 im Wirtschafts- sowie im Hauptausschuss aufgrund einer Nachfrage der MBI-Fraktion) zuversichtlich, mit der NRW-Landesregierung, dem Regionalverband Ruhr (RVR) und dem Initiativkreis Ruhr die Planungen für eine „KlimaExpo 2020“ auch am Standort Essen/Mülheim an der Ruhr erfolgreich voranzutreiben und abzuschließen.

Abschließend weisen die Antragsteller aus gegebenem Anlass darauf hin, dass derartige hochkarätige Planungen nicht irgendwelchen Oberbürgermeister-Runden der Ruhrgebietsstädte überlassen, sondern zukünftig in den zuständigen Gremien des Regionalverbandes Ruhr (RVR) behandelt werden.

<i>Tim Giesbert</i>	<i>Wolfgang Michels</i>	<i>Peter Beitz</i>	<i>Lothar Reinhard</i>
	Fraktionsvorsitzende		
Bündnis 90/ Die Grünen	CDU	FDP	MBI